

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 23, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Friede und Freude.

Viele hatten es für Wahrheit, viele hatten es nur für eine Sage, daß vor 1920 Jahren Gottes Sohn auf die Welt gekommen sei, den Menschen den Frieden und mit ihm die Freude zu bringen. Was es auch sei, ob Wahrheit oder Sage, es ist beides schön. So erhaben schön, daß es bis heute nicht Wahrheit werden konnte; denn die Menschheit ist entfernter von Frieden und Freude als jemals in ihrer Geschichte. In der Geschichte von Jesus Christus wird das tiefe, innerliche nicht zu unterdrückende Sehnen des Menschen nach ewigem Frieden und ehler Freude offenbart. Nach einer Freude, die nichts gemein hat mit jenem eifigen Gefühl, das den Mensch nach eigenem Wohlergehen anlegt an das Leid eines andern. Wo ist heute diese reine, edle, selbstlose Freude zu finden? Vielleicht nur noch bei Kindern zartesten Alters. Sonst ist die gesamte Menschheit erbittert. Statt gegenseitiger Hilfe erziehen wir den Kampf aller gegen alle.

Nach vier langen Jahren beispiellosen Weltvergießens, nach entsetzlichen Morden der im Menschen lebenden schlechtesten Instinkte erschaffen alle den Frieden, der ihnen Freude bringen sollte. Und sie erhielten ein Buch voller Nachgedanken, in dem jede Zeile Haß ainet und jeder Satz neuen Haß erzeugen muß. Die Völker, die sich 50 Monate lang mit den ausgiebigsten Waffensystemen bekämpften, nennen sich Christen. Sie verärbten ihre Schandtat und fährten nach dem Namen dessen im Munde, der den Frieden und die Liebe lehrte. Er rief: „Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ Sie aber, die seinen Namen täglich im Munde führen, sperren und sperren Millionen Kindlein die Mittel zum Leben ab und töten ihre Taten, verbrennen ihre Seelen und ihre Körper. Im Namen Gottes wurden Hingebenen und Granaten in die Scharen unschuldiger Kinder geworfen und andere Grenetaten verübt. Wo ist ein christliches Volk, das unschuldig an diesen Dingen ist? Der Friede sollte einziehen. Aber noch gefallen sich Völker, die sich christlich nennen, als Elfenbeintür. Noch halten sie die deutschen Gefangenen fest und berauben die Kinder und die Frauen der Freude, ihre Väter, Männer und Söhne bei sich zu sehen. Es gereicht den Vätern, die sich christlich nennen, nicht zur Ehre, daß sie sich in der Behandlung der Kriegsgefangenen von einem heidnischen Volke nur eben beschämen lassen. Wahrscheinlich sie brauchen den Namen dessen, der Frieden und Freude bringen wollte. Die große Idee des Christentums wurde ihnen ein Mittel zum Herrschen. Sie schändeten den Namen ihres Gottes.

Aber noch eine andere Idee litt im letzten Jahre schweren Schaden durch ihre eigenen Anhänger. Der Sozialismus ist der ewige Friede“, hier es. Wir haben erleben müssen, daß Menschen, die sich für die besten, für die allein echten Sozialisten halten, mit Gewehr und Maschinenwaffe, Handgranaten und Kanonen durch die Straßen zogen, daß sie ihre Mitmenschen töteten, um ihrer Lehre zur Herrschaft zu verhelfen, daß sie, die doch soeben den Krieg bekämpft hatten, nun den Bürgerkrieg eröffneten. Sie sprachen von ewigen Frieden und hatten Blut an den Händen. Kann der Friede auf diese Art kommen? Nein! Es mißte beim der Freude des Grabes gemeint sein.

Die zweifelhafte Natur des Menschen läßt es nicht wahrscheinlich werden, daß jemals auf Erden alle eines Sinnes sind. Streit und Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Aber ist es nötig und zweckmäßig, daß man sich deshalb mit Waffengewalt bekämpft? Kann nicht ein jeder festhalten? Wer nach möglichstster Vollkommenheit strebt, der ist tolerant; er läßt auch die Meinung und das Recht des andern gelten. Wo aber die Herrschaft sich preizt, wo sie mit gewaltsamen Mitteln sich andern zu unterwerfen sucht, da erzeugt sie Haß und Rachsucht bei den Unterdrückten, die mit ebenso gewaltsamen Mitteln das ihnen auferlegte Joch abzuwerfen suchen. Nur uneigennütige Liebe zur Menschheit und Verständnis für menschliche Schwächen und Fehler vermögen uns die beiden Richtschnuren näher zu bringen: den Frieden und die Freude.

So sollst du sein . . .

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Wenn dich Wetter und Stürme geschlagen: Grad aufwärts rede dich in den Raum, Und freudiges Licht sollst du tragen. Im Auge den Glanz und im Herzen die Glut, Auf den Lippen die Worte, die hellen — Daß um dich erwachen die Quellen Der Seelen in heiterem Mut.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Der Ernte froher Verkünder: Wie aus dem Märchen, wie aus dem Traum Die Frucht wächst für hungrier Mäuler. Wie lachender Apfel und goldene Äpfel Dem gläubigen Schaffens winken Und verheißende Sterne blinken In der Lage rauschenden Fluß.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Gelassen die Zweige spreiten Und über die Jugend den silbernen Schaum Warmtadelnder Hoffnung breiten. Aus buntem Glitzer und blinkendem Tand Aufjaubre den mahnenden Willen: Mit Schönheit die Welt zu erfüllen, Mit schmückenden Wundern das Land.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Von allem Haße geschieden, In kleinen Kreise, in engen Raum Ein ruhiges Bild von Frieden. Ein Bild der Kraft und der Zuversicht, Bereit, alle Früchte zu spenden Und zagenbe Trübsal zu wenden In Freude, Schönheit und Licht.

ERNST FREYBAND

Verhandlungen um neue Steuerungs- zulaugen.

Als am 19. November die Verhandlungen über eine neue Steuerungszulage abgebrochen werden mußten, hatten die Vertreter der Arbeiterorganisationen sich darüber verständigt, beim Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden, um ihn auf die ernste Situation aufmerksam zu machen, die durch den negativen Verlauf der Verhandlung entstehen werde. Die Arbeitgeber hatten sich ebenso entschlossen. Als unsere Vertreter dem Minister die Lage der Arbeiter im Baugewerbe schilderten und darum ersuchten, helfend und schnell einzugreifen, damit der von den Arbeitgebern für ihre Weigerung angeführte Hauptgrund, die Mitarbeiterfrage, geklärt und der Weg zu neuen Verhandlungen freigemacht würde, erhielten sie von dem Minister die Zusicherung, daß er alles aufzuheben und sie zu einer Erklärung zu veranlassen. Auf Grund dieser Zusage glaubten wir uns zu der Hoffnung berechtigt, daß eine neue Verhandlung eine positive Erklärung der Regierungstellen in einer die Arbeitgeber zufriedenstellenden Weise bringen und damit die weiteren Verhandlungen vereinfacht würden.

Diese waren für den 9. Dezember im Reichsarbeitsministerium angesetzt. Außer den Vertretern der Vertragsparteien waren erschienen die Vertreter der verschiedenen Reichs- und Landesministerien, unter anderem des Reichsjustizministeriums, des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Reichsfinanzministeriums, des Ministeriums für Volkswirtschaft, Vertreter der bayrischen, hessischen und der mecklenburgischen Regierung und einiger anderer Ministerabteilungen. Geöffnet und geleitet wurde die Verhandlung durch Herrn Geheimen Regierungsrat AUFF.

Herr Reichsrat BEHRENS von Arbeitgeberbund begründete die Forderung des Arbeitgeberbundes auf Zurückhaltung der durch eine Steuerungszulage, deren Notwendigkeit vom Arbeitgeberbund nicht bestritten wurde, entstehenden Mehrkosten. Die Arbeitgeber seien durch langfristige Verträge

gebunden. Wenn man die Mehrkosten auf die Schultern der Arbeitgeber abwälzen wollte, würde das zum völligen Ruin vieler Baubetriebe führen, die derartige Lasten nicht tragen könnten. Mancher Betrieb sei durch das bisherige Verhalten der Regierung, die in die Bauverträge die Bestimmung hineingeschrieben habe, daß etwaige Steuerungszulagen an die Arbeiter bis zu 25 pCt. von dem Unternehmer zu tragen fielen, bereits schon an den Rand des Abgrundes gedrückt worden, wo er auf einer auf solider Grundlage bestehenden Betrieb zu sein. Die Selbsterhaltung zwinge die Unternehmer zu ihrer Forderung auf Zurückhaltung der Mehrkosten und nach der Auffassung des Arbeitgeberbundes über das Reichsgesetz vom 17. April 1916, betreffend die Uebergangswirtschaft, sei sie auch begründet, da selbst dieses Gesetz einen Eingriff in die privaten Verhältnisse gestatte, wie er an einigen Beispielen in der Gas- und Elektrizitätsversorgung nachzuweisen versuchte. Ihm sekundierte Herr Kant, München, der besonders keinen Vorwurf gegen die Regierung dahin zusammenfaßte, daß früher bereits anerkannte Rückvergütungen nach nicht zur Ausbeute gebracht worden seien, obwohl einzelne Arbeiten längst fertiggestellt sind. Durch dieses Verhalten seien Unternehmer in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hätten anderweitig für sie verfallenden Kredit aufnehmen müssen.

Kollege BEHRENDT betonte zu dem Begehren der Bauarbeiter auf Steuerungszulage, daß sie kaum noch begründet werden brauche, da jedermann wisse, wie rapid die Steuerung von Woche zu Woche wirke. Am 19. November sei uns mitgeteilt worden, daß die Steuerung in Berlin vom 1. bis 15. November um 26 pCt. gestiegen sei. Mit dem 19. November sei wiederum eine Preissteigerung zu verzeichnen und sie wachse täglich weiter. Wenn wir auch die Notlage nicht verkennen wollten, in der sich mancher Unternehmer durch den eingegangenen Bauvertrag befindet, so können darunter nicht die Bauarbeiter weiter leiden, deren Lebensmöglichkeiten mittlerweile völlig unzulänglich geworden sind. Es muß Hilfe geschaffen werden, und wenn die Arbeitgeber allein dazu außerstande sind, das berechnete Verlangen der Bauarbeiter zu erfüllen, dann muß die Regierung den Unternehmern entgegenkommen. Nicht um den Unternehmern gefällig zu sein, sondern um den Arbeitern zu helfen, damit sie die Last, die sie bedrückt, tragen können und es nicht zu Arbeitsunterbrechungen in größerem Umfange kommt, die bisher noch verhindert werden konnten. Nun kamen die Vertreter der Regierung zu Worte. Wenn wir geglaubt hätten, von ihnen eine positive Erklärung über die Stellung des einzelnen Ministeriums zu der Forderung des Arbeitgeberbundes zu hören, so erleben wir allesamt eine bittere Enttäuschung. Nicht einer der anwesenden Herren war in stände oder beauftragt, den Standpunkt des Ministeriums bekannt zu geben, sondern alle wollten sich gewissermaßen nur informieren. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums, der gebeten wurde, sich über Reichswirtschaftsamt des von Herrn BEHRENS angezogenen Gesetzes in diesem Falle zu äußern, konnte nur seine persönliche Meinung darüber kundgeben, die auch nicht einmal eine geordnete Richtung aufzuweisen hatte, sondern auf eine sorglose Prüfung hinausging. Der Vertreter des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten hielt den Eingriff in die privaten Verhältnisse auf Grund des angezogenen Gesetzes für äußerst beschränkt und nur insoweit für anwendbar, als ein öffentliches Interesse und die allgemeine Volkswirtschaft dabei in Frage kommt. Die von Herrn BEHRENS ganz allgemein geforderte Anwendung der Gesetzbestimmung auf die privaten Verträge würde in der Frage der Tarifvertragsstreue auf eine abschließliche Bahn führen. Letzten Endes würde damit der Tarifvertrag völlig beseitigt und an seine Stelle der Regievertrag treten. Was er sonst über den Inhalt der mit den Unternehmern abgeschlossenen Verträge sagte, widersprach in manchen Dingen dem von den Unternehmern dargebrachten. In vielen Fällen bestche schon seit der Kriegszeit ein sogenannter Kolonialvertrag, der einen Ausgleich bei Steuerungen während des Vertrages schaffe. Und im übrigen hätten alle solche Vorkommnisse eine wohlwollende Berücksichtigung erfahren. Zudem sei das Ministerium aus gar nicht in der Lage, Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, wenn es nicht wisse, um wie hohe Forderungen und Summen es sich handeln könnte. Ebenso konnte auch der Vertreter des Finanzministeriums keine entscheidende Erklärung abgeben. Das Ministerium für Volkswirtschaft ließ erklären, daß es bei der Angelegenheit nur insoweit interessiert sei, als der Wohnungsbau in Frage komme. Der Umfang, in dem es in diese Frage hineingezogen wird, würde vielfach überschätzt.

Wochenlohn noch 4 oder 5 Stod tief herunterklettern und dann beknümt seine Wahlzeit einnehmen.

Dann läßt bei der jetzigen Arbeitszeit, in der meistens nur eine halb oder ganzjährige Pause liegt, allgemein die Erlaubnis zu einem Urlaub in Frage, bei längerer Arbeitszeit als ununterbrochen 3 Stunden. Natürlich kommt es die Arbeitseinstellung gestalt. Ebenso wären im Winter kurze Ausflüge zum Erwärmen nötig. Das sind Forderungen, durch deren Erfüllung der Bauarbeiter sich überhaupt erst einmal als Mensch fühlen kann. Dann muß natürlich auch das unsonnige und brutale Wort von der Beschaffung der „wirklich geistlichen Arbeitszeit“ aus dem Vertrage verschwinden. Wir leben nicht nur während wir arbeiten, wir müssen auch leben wenn wir inolange unglücklicher Bitterung nicht arbeiten können, oder zur Wahrung unserer persönlichen und Familienangelegenheiten die Arbeitszeit verkürzen müssen. Über kann irgend jemand errechnen, wieviel Tage und Stunden wir im kommenden Jahre aussetzen müssen, um dieses dann zu dem Stundenlohn hinzuzurechnen? Wir müssen einen Mindestlohn fordern. Wenn deshalb lamentiert wird, was dann die Wohnungsmieten und -bauten kosten sollen, so müssen wir dem entgegenhalten, daß die Bauarbeiter in ihrer Entlohnung von der ersten Stelle, die sie früher einnahmen, jetzt an die letzte Stelle gerückt sind. Das alles sind Punkte, die besprochen werden oder wenigstens dem Vorhande zur Beachtung überreicht werden müssen. Ebenso werden sich auch noch andere Wünsche finden. Darum geht mein Vorschlag dahin, in jedem Verein eine Kommission zu bilden, die derartige Anregungen sammelt und sie dem Vorstand übermittelt. Nicht Verbandsbeamte, Regierungsvertreter usw., sondern der Bauarbeiter selbst weiß am besten, wo ihn der Schuh drückt. Daß der Vorstand die Einführung der Betriebsrat, Einführung der Ferien sowie sonstige revolutionäre Forderungen bei Ausarbeitung des Vertragsmusters gebührend berücksichtigt, ist seine Pflicht und Schandfleiß. Und dann aber auch einmal: entweder — oder. „Wir bestimmen jetzt!“ und „Wir verlangen!“ Nicht wie bisher: „Wir müßt arbeiten!“ und „Ihr nehmt, was wir Euch geben wollen.“ Franz Zapfe, Krefeldausg.

Sipfer und Stoffateure.

Berlin. Am 24. November beschäftigte sich eine Mitgliedsversammlung mit der Frage der Bauarbeiterferien. Kollege Max Klaus referierte. Die von ihm aufgestellten Forderungen lasste die Versammlung in folgender einmütig beschlossenen Resolution zusammen: Die Sektion der Stoffateure des Diszerns Berlin ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und fordert die Vereinsmitglieder auf, der Ferienfrage näherzutreten, damit sie bei dem im Frühjahr stattfindenden Tarifabschluss mit einbezogen werde und auch die Bauarbeiter ihre gerechte Forderung nach einer Urlaubszeit erfüllt erhalten. Wir fordern, daß der Vorstand diese Frage aufnimmt und Grundzüge für ihre Durchführung ausarbeitet. Im weiteren wird die Auffassung, daß die Ferienfrage einmütig durch reichsweite gesetzliche Bestimmungen geregelt werden kann. Wir fordern daher alle Gewerkschaftsbundes sowie die Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten auf, alle Mittel und Wege anzuwenden, damit die Arbeiterferien durch die Gesetzgebung zum Wohle aller Arbeiter festgelegt werden. Als solchen Maßnahmen für die Durchführung hatte Kollege Klaus empfohlen, daß die Arbeitgeber auf ihre Rechnung für jeden bei ihnen beschäftigten Arbeiter eine Marke stellen. An dem Arbeiter auf diese Weise in den Besitz von 62 Marken bekommen, so soll er in den Monaten März bis Oktober Anspruch auf Ferien mit entsprechender Bezahlung haben. Aus der Sektion der Nahrung lag ein Beschluß vor, wonach diese einer Besprechung mit unserer Sektion zustimmt.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Ungarn.

Der Landesverband der Bauarbeiter Ungarns hat sich im ersten Halbjahr 1919 außerordentlich gut entwickelt. Der Krieg hatte der Gewerkschaftsbewegung in Ungarn schwere Wunden geschlagen; auch unser Bundesverband hatte erhebliche Verluste zu verzeichnen, von denen er sich, wie die nachstehenden Zahlen beweisen, nicht nur recht bald erholt, sondern noch darüber hinaus Fortschritte gemacht hat, die die kühnsten Erwartungen weit hinter sich lassen.

Table with 3 columns: Year, Members, Income. 1913 31. Dezember 12 610 Kr. 121 059 202. 1914 do. 7 883 77 268 187. 1915 do. 2 697 25 688 86. 1916 do. 1 671 16 075 78. 1917 do. 3 201 30 723 78. 1918 do. 5 929 56 936 159. 1919 31. März 8 222 83 246 213. 1919 30. Juni 79 738 1 669 051 407.

Dem Verbands sind folgende Berufe angeschlossen: Maurer und deren Spezialgruppen, Zimmerer, Dachdecker, Kalk- und Zementindustriearbeiter, Steinsetzer, Steinarbeiter, Bauleiter, Bauzeichner und angestellte (besoldete) Baumeister. Es stehen nur noch einige Berufsgruppen aus dem Nebenbetriebe des Baugewerbes außerhalb des Industrieverbandes der baugewerblichen Arbeiter. Mit dem Verbands der Ziegelarbeiter, der nahezu 20 000 Mitglieder zählt, sind zurzeit aussichtsreiche Verhandlungen über den Anschluß im Gange.

Vom Bau.

Die mititärischen Bauten, deren Vermaltung auf das Reichsministerium übergegangen ist, unterliegen in baupolizeilicher Hinsicht künstlich worder den vor dem Krieges gültigen Vorschriften und werden, wie das Preussische

Ministerium für Volkswohlfahrt mitteilt, wie die übrigen Reichs- und Staatsbauten nach Maßgabe der geltenden Bauordnung behandelt.

Soziale Rechtsprechung.

rd. Unfallversicherung jugendlicher Personen. Ein Knabe, der, ohne eine Unfallversicherung zu erhalten, öfters in einem maschinellen Betriebe tätig war, wo er seiner Mutter half, war verletzt worden und verlangte Unfallentschädigung, deren Zahlung die jugendliche Berufsgenossenschaft mit der Begründung verweigerte, der Betrieb habe ja gar keinen Lohn erhalten, er sei auch in dem fraglichen Betriebe niemals angestellt gewesen. Trotzdem hat das Reichsversicherungsamt dahin erkannt, daß die Zahlung einer Unfallrente zu erfolgen habe. Alle in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigten Arbeiter sind eben — so heißt es in den Gründen — trotz Gehaltsverlust. Keinen Unterschied macht das Alter, sofern eine erhöhte Arbeitsfähigkeit vorliegt. Ebenso ist es unerheblich, ob ein Lohnbezug festgelegt hat, ob eine regelmäßige und länger dauernde Beschäftigung vorgelegen hat. Im vorliegenden Falle ist der Verletzte mit Wissen des Betriebunternehmens in dem Betriebe tätig gewesen. Darauf, daß die von dem Verletzten verrichtete Arbeit eine leichte und geringfügige war, kann es nicht ankommen, da Jugenbliche naturgemäß nur nach Maßgabe ihrer jugendlichen Kräfte sich im Betriebe nützlich machen können. Jedenfalls hat der Verletzte mit Wissen und unter Duldung des Betriebunternehmens wiederholt in dem Betriebe gearbeitet, mithin eine auf die Förderung des Betriebes gerichtete Tätigkeit ausgeübt. Nach alledem war der Knabe, als er seiner Mutter half, als gegen Unfall verletzter Person anzusehen. (Reichsversicherungsamt, 12. Februar 1919.)

Bücher und Schriften.

Neifen und Abenteuer. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Preis für jeden Band M. 5. Illustrierte Volks- und Jugendbücher. Die ersten drei Bände enthalten: Sven Hedvin, Abenteuer im Tibet. Sven Hedvin, Transhimalaja. Kapitän Scott, Segel Fahrt. Die Bücher sind gewissermaßen Auszüge aus den großen Werken dieser berühmten Reisenden. Der schwedische Forscher steht in Deutschland in so hohem Ansehen, seine Werke sind so beliebt, daß es einer besonderen Empfehlung für sie kaum bedarf. Er scheint ein Glückwunsch zu sein. Wenn es ihm auch trotz mehrerer Verläufe nicht gelang, nach Kapa, der Hauptinsel Tibets, zu gelangen, so erregten trotzdem seine siebenjährige Fähigkeit und sein Mut Bewunderung. Kapitän Scotts Südpolarreise hand von Anbeginn unter einem unglücklichen Stern. Inmilde über Unfälle bei allen Wägen. Und zum Schluß das tragische Ende der ganzen Expedition, die dem sibirischen Eise zum Opfer ward.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sendet Eure Tarifverträge ein! Die Vereinbarungen werden hiermit an die Bestimmung erinnert, daß sie von allen ihren arbeits- und besitzlichen Tarifverträgen eine Kopschrift an den Bundesvorstand einreichen sollen. In letzter Zeit werden sich in Betracht kommenden Kollegen vielfach lässig in der Durchführung dieser Bestimmung. Es ist nicht angenehm für den Vorstand, wenn er über den Inhalt eines Vertrages Auskunft geben soll, den Fragenden mitzuteilen, daß er nicht im Besitz eines Vertrages sei.

Die Karten unserer Beitragskassen werden am 1. Januar 1920 nicht gewechselt. Demnach sind die jetzigen Karten mindestens bis 1. Juli 1920 weiter verwendbar. In den Vereinen beschlossene Beitragsbefreiungen werden davon nicht berührt. Die Vereinsvorstände werden gebeten, dies bei Kartendeckungen zu berücksichtigen.

Vom 30. November bis 6. Dezember haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse geleandt: Aue M. 1000, Auerbach 2000, Abding 400, Alstedt 180, Albrecht 4000, Bayreuth 2000, Cöln 32 979,46, Coblenz 8000, Darmstadt 4700, Dortmund 7000, Freiberg 1. S. 1000, Flensburg 2500, Gießen 4000, Gommern 2000, Hiltrow 598 80, Garmisch 200, Hagen 10 000, Heidenheim 600, Hainberg 1. S. 4000, Krefeld 1500, Königsberg 200, Kollies 213,80, Ludau 800, Mannheim 15 000, Mainz 3000, Meerssen 800, Michal 500, Prenzlau 750, Ravensburg 72, Reutlingen 1500, Speyer 9019,40, Schweinitz 3500, Schildau 28, Suttlingen 1500, Traunstein 1000, Wiesbaden 1000, Wobdenheim 800, Zerbst 462,30.

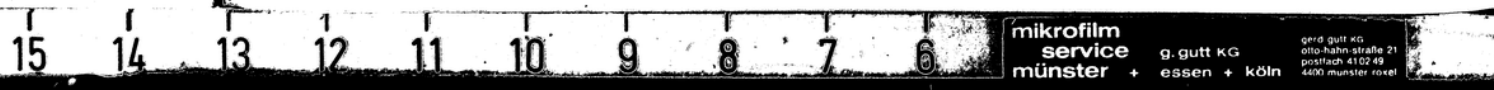
Von hingerichteter Streikunterstützung zurückgeleandt: Eilenburg M. 1187,10. Katenberg: Altdittig M. 60, Boyreuth 100, Chemnitz 1000, Freiberg 1. S. 100, Gummersbach 150, Hamburg 800, Lindau 300, Mainz 300, Meerssen 25, Queblinn 500, Suttlingen 20, Traunstein 80, Elm 400, Wiesbaden 50. — Protokolle: Altdittig M. 15, Bayreuth 24, Chemnitz 34, Freiberg 1. S. 100, Prenzlau 250, Gummersbach 16,50, Heidenheim 10, Kollies 5, Leipzig 10, Mohrungen 10, Mainz 18, Meerssen 16,50, Orlitz 10, Queblinn 10, Rothhammler 5, Suttlingen 2, Suttlingen 5, Elm 33, Wiesbaden 33, Wernitz 5. — Verschiedene Schritte: Leipzig M. 3 80, Reutlingen 1. Der Vorstandsvorsitz.

Versammlungen.

Fürstentum. Sonntag, den 21. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei A. Schön, Cöllntrier Straße. Wichtige Tagesordnung, unter anderem Vorstandswahl. Hamburg. (Leinbold) Sonntag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, bei Stein, Alsterstraße. (Folterer) Sonntag, den 1. Dezember, morgens 9 Uhr, bei Stein, Alsterstraße.

Sterbetafel.

Ahrensdorf. Am 13. November starb unser Ehrenmitglied und Mitbegründer unseres Vereins Rud. Nagel (Maurer) im Alter von 78 Jahren an Altersschwäche. Hagenburg. Am 22. November starb unser Kollege Paul Stegweier (Hilfsarbeiter) im Alter von 60 Jahren an Verfall. Hagenburg. Am 24. November starb unser langjähriges Mitglied Hermann Stöcklein im Alter von 68 Jahren an der Grippe. Hagenburg. Am 27. November starb unser Kollege Karl Richter im Alter von 40 Jahren an Lungenerkrankung. Berlin. Am 20. November starb unser Mitglied Hermann Pohl (Bauer) im Alter von 69 Jahren an Herzschlag. — Am 28. November starb unser Mitglied Richard Koch (Maurer) im Alter von 38 Jahren an Scharlach. Bitterfeld. (Schnitz) Am 11. November starb der Kollege August Richter (Maurer) an Lungenerkrankung. — Am 28. November starb der Kollege August Franke sen. (Maurer) im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung. Bonn. (Schnitz) Am 27. November starb unser Kollege Johann Füllenbach an Bluterkrankung. Er war einer der treuesten Kollegen unserer Jahrestage. Bremerhaven. (Schnitz) Am 24. November starb unser Mitglied Heinrich Dickhoff (Hilfsarbeiter) infolge eines Unfalls. — Am 2. Dezember starb unser langjähriges Mitglied Chr. Finke (Maurer) im Alter von 65 Jahren an Magenkrebs. Bromberg. Am 5. November starb unser Kollege Friedr. Teichgraber im Alter von 22 Jahren durch Unfall. Dresden. Am 10. November starb unser Mitglied Hermann Dressler (Maurer) im Alter von 47 Jahren durch Unfall. — Am 20. November starb unser Mitglied Traugott Knobloch (Hilfsarbeiter) aus Cuthitz im Alter von 62 Jahren an Bluthrombose. Eger. Am 30. November starb unser Kollege August Pfaffe (Maurer) aus Sömmersdorf im Alter von 54 Jahren an Lungenerkrankung. Flensburg. Am 30. November starb unser treues und langjähriges Mitglied Peter Christophersen im Alter von 83 Jahren an Altersschwäche. Freiburg i. S. Am 2. Dezember starb unser langjähriger Kollege Gustav Scholz (Maurer) im Alter von 50 Jahren an Bluterkrankung. Hagen i. W. (Schnitz) Am 7. November starb der Kollege Gust. Tankborn im Alter von 52 Jahren an Lungenerkrankung. Hannover i. W. Am 28. November scheidet unser langjähriges und treues Mitglied Oskar Knupper freiwillig aus dem Leben. Hannover. Am 27. November starb unser Kollege Axel Persson (Maurer) im Alter von 79 Jahren an Altersschwäche. Hirschberg i. Schl. Am 20. November starb unser Mitglied David Scholz (Hilfsarbeiter) im Alter von 38 Jahren an Herzschlag. Leipzig. Am 27. November starb unser Kollege Oskar Splinter im Alter von 55 Jahren an Bluterkrankung. Meissen. Am 23. November starb unser Mitglied Karl Wachs im Alter von 61 Jahren an Darmkrebs. München. (Wellend-Bavaria) Am 24. November starb unser Kollege Johann Decker (Hilfsarbeiter) im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 26. November starb unser Kollege Johann Stielber (Hilfsarbeiter) im Alter von 68 Jahren an Magenkrebs. — (Karlwende) Am 22. November starb der Kollege Johann Bauer (Hilfsarbeiter) im Alter von 62 Jahren durch Bluthrombose. Nürnberg. Am 28. November starb unser treues Mitglied Paul Fleischmann (Maurer) im Alter von 71 Jahren an Wasserkrampf. Pörsheim. Am 20. November starb unser Kollege Jakob Seyfried (Maurer) aus Calmbach im Alter von 81 Jahren an Lungenerkrankung. Rechenburg. Am 25. November starb unser Mitglied Georg Schmid aus Schwanndorf im Alter von 56 Jahren an Bluthrombose. Sagan. Am 23. November starb unser langjähriger Kollege Karl Heinrich im Alter von 67 Jahren. Schopfheim. (Schnitz) Nach langem, schwerem Leben starb unser treues Mitglied Stefan Hüner (Maurer) im Alter von 44 Jahren an der Prostataentzündung. Schweinfurt. (Luedorf) Am 10. November starb unser Kollege Theodor Röder (Erbarbeiter) im Alter von 39 Jahren. Neudorf i. W. Am 26. November starb unser treuer Kollege Ludw. Köbel (Maurer) im Alter von 57 Jahren nach längerem Leiden an Herzschlag. Vörsdorf. Am 3. November starb unser treues Mitglied, stillerer langjähriger erster Vorpresident unseres Vereins, der Maurer und Bautechniker H. Janssen im Alter von 87 Jahren an den Folgen eines Sturzes, das ihm der Weltkrieg eingetragen hatte. Er war bis zu seinem letzten Tag ein treuer Kämpfer für unsere gute Sache. Wittenberg. (Schnitz) Am 19. November wurde unser Mitglied Ernst Tschietzschker (Maurer) im Alter von 53 Jahren beim Fußausgelenk erkranken. — Ehre ihrem Andenken!



Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit.“ Zuschußliste

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die Druckhaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Friede und Freude.

Viele hatten es für Wahrheit, viele hatten es nur für eine Sage, daß vor 1920 Jahren Gottes Sohn auf die Welt gekommen sei, den Menschen den Frieden und mit ihm die Freude zu bringen. Was es auch sei, ob Wahrheit oder Sage, es ist beides schön. So erhaben schön, daß es bis heute nicht Wahrheit werden konnte; denn die Menschheit ist entfernter von Frieden und Freude als jemals in ihrer Geschichte. In der Geschichte von Jesus Christus wird das tiefe, innerliche nicht zu unterdrückende Sehnen des Menschen nach ewigem Frieden und ehler Freude offenbart. Nach einer Freude, die nichts gemein hat mit jenem eifigen Gefühl, das den Maßstab seines eigenen Wohlergehens anlegt an das Leid eines andern. Wo ist heute diese reine, edle, selbstlose Freude zu finden? Wie leicht nur noch bei Kindern zartesten Alters. Sonst ist die gesamte Menschheit erbittert. Statt gegenseitiger Hilfe erleben wir den Kampf aller gegen alle.

Nach vier langen Jahren beispiellosen Mühevorgangs, nach entsetzlichem Wüten der im Menschen lebenden schädlichen Instinkte erhofften alle den Frieden, der ihnen Freude bringen sollte. Und sie erhielten ein Buch voller Rathgebungen, in dem jede Zeile Haß atmet und jeder Satz neuen Haß erregt. Die Wälder, die sich 50 Monate lang mit den ausgelängtesten Wordinstrumenten befüllten, nennen sich Christen. Sie verüben ihre Schandtat und führen dabei den Namen dessen im Munde, der den Frieden und die Liebe lehrte. Er rief: „Lasset die Kleinen zu mir kommen.“ Sie aber, die seinen Namen täglich im Munde führen, sperren und sperren Millionen Kleinen die Mittel zum Leben ab und töten ihre Söhne, verderben ihre Seelen und ihre Körper. Im Namen Gottes wurden Pflöcke und Granaten in die Scharen unschuldiger Kinder genossen und andere Grenetatten verübt. Wo ist ein christliches Volk, das unschuldig an diesen Dingen ist? Der Friede sollte einziehen. Aber noch gefallen sich Wälder, die sich christlich nennen, als Etappenhalter. Noch hatten sie die deutschen Gefangenen fest und drücken die Kinder und die Frauen der Freude, ihre Mütter, Männer und Söhne bei sich zu sehen. Es gereicht den Wäldern, die sich christlich nennen, nicht zur Ehre, daß sie sich in der Behandlung der Kriegsgefangenen von einem heidnischen Volke umhauen lassen. Wälderei, sie mißbrauchen den Namen dessen, der Frieden und Freude bringen wollte. Die große Idee des Christentums wurde ihnen ein Mittel zum Herrschen. Sie schändeten den Namen ihres Gottes.

Aber noch eine andere Idee litt im letzten Jahre schweren Schaden durch ihre eigenen Anhänger. „Der Sozialismus ist der ewige Friede“, hieß es. Wir haben erleben müssen, daß Menschen, die sich für die besten, für die allein echten Sozialisten halten, mit Gewehr und Maschinenengewehr, Handgranaten und Kanonen den Krieg gegen, daß sie ihre Mitmenschen tödten, um ihrer Lehre zur Herrschaft zu verhelfen, daß sie, die noch soeben den Krieg befehligen hatten, nun den Bürgerkrieg eröffnen. Sie brachten von ewigen Frieden und hatten Blut an den Händen. Kann der Friede auf diese Art kommen? Nein! Es müßte beim der Friede des Grabes gemeint sein.

Die zweifelhafte Natur des Menschen läßt es nicht wahrscheinlich werden, daß jemals auf Erden alle eines Sinnes sind. Streit und Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Aber ist es nötig und zweckmäßig, daß man sich deshalb mit Mordwerkzeugen befähigt? Kann nicht ein jeder festhalten? Wer nach möglichster Vollkommenheit strebt, der ist tolerant; er läßt auch die Meinung und das Recht des andern gelten. Wo aber die Herrschaft sich streizt, wo sie mit gewaltsamen Mitteln sich aufrecht zu unterwerfen sucht, da erzeugt sie Haß und Mordlust bei den Unterdrückten, die mit ebenso gewaltsamen Mitteln das ihnen auferlegte Joch abzuwerfen suchen. Nur unegennützig Liebe zur Menschheit und Verständnis für menschliche Schwächen und Fehler vermögen uns die beiden Richtgefahren näher zu bringen: den Frieden und die Freude.

So sollst du sein . . .

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Wenn dich Wetter und Stürme geschlagen: Grab aufwärts rede dich in den Raum, Und freudiges Licht sollst du tragen. Im Auge den Glanz und im Herzen die Güt, Auf den Lippen die Worte, die hellen — Daß um dich erwachen die Quellen Der Seelen in betterem Mut.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum, Der Ernte froher Verkünder: Wie aus dem Märchen, wie aus dem Traum Die Frucht wächst für hungrier Mäuler. Wie lauchender Apfel und goldene Äuß Dem gläubigen Schaffern winken Und verheißende Sterne blinken Zu der Sage rauschenden Fluß.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Gelassen die Zweige spreiten Und über die Jugend den silbernen Schaum Warmtädelnder Hoffnung breiten. Aus buntem Frotter und blinkendem Tand Aufzubre den männlichen Willen: Mit Schönheit die Welt zu erfüllen, Mit schmückenden Wunden das Land.

So sollst du sein, wie der Weihnachtsbaum: Von allem Hasse gelassen, Im kleinen Kreis, im engen Raum Ein ruhiges Bild von Frieden. Ein Bild der Kraft und der Zurecht, Bereit, alle Früchte zu spenden Und zagenbe Trübsal zu wenden Zu Freude, Schönheit und Licht.

Ernst Wegmann.

Verhandlungen um neue Steuerungsulagen.

Als am 19. November die Verhandlungen über eine neue Steuerungsulage abgebrochen werden mußten, hatten die Vertreter der Arbeiterorganisationen sich darüber verständigt, beim Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden, um ihn auf die erste Situation aufmerksam zu machen, die durch den negativen Verlauf der Verhandlung entstehen werde. Die Arbeitgeber hatten sich ebenso entschlossen. Als unsere Vertreter dem Minister die Lage der Arbeiter im Baugewerbe schilderten und darum ersuchten, helfen und schnell einzugreifen, damit der von den Arbeitgebern für ihre Weigerung angeführte Hauptgrund, die Mißverhältnissfrage, gelöst und der Weg zu neuen Verhandlungen freigemacht würde, erhielten sie von dem Minister die Zusicherung, daß er alles tun werde, um die verschiedenen Ministerien zusammenzuführen und sie zu einer Erklärung zu veranlassen. Auf Grund dieser Zusage glaubten wir uns zu der Hoffnung berechtigt, daß eine neue Verhandlung eine positive Erklärung der Regierungstellen in einer die Arbeitgeber zufriedensstellenden Weise bringen und damit die weiteren Verhandlungen vereinfacht würden.

Diese waren für den 9. Dezember im Reichsarbeitsministerium angesetzt. Außer den Vertretern der Vertragsparteien waren erschienen die Vertreter der verschiedenen Reichs- und Landesministerien, unter anderem des Reichsjustizministeriums, des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Reichsfinanzministeriums, des Ministeriums für Volkswirtschaft, Vertreter der bayrischen, holländischen und der mecklenburgischen Regierung und einiger anderer Ministerabteilungen. Eröffnet und geleitet wurde die Verhandlung durch Herrn Geheimen Regierungsrat Kuff.

Herr Reichsrat Behrens von Arbeitgeberbund begründete die Forderung des Arbeitgeberbundes auf Zurückhaltung der durch eine Steuerungsulage, deren Notwendigkeit vom Arbeitgeberbund nicht bestritten wurde, entstehenden Mehrkosten. Die Arbeitgeber seien durch langfristige Verträge

gebunden. Wenn man die Mehrkosten auf die Schultern der Arbeitgeber abwälzen wolle, würde das zum völligen Ruin vieler Baubetriebe führen, die derartige Kosten nicht tragen könnten. Mancher Betrieb sei durch das bisherige Verhalten der Regierung, die in die Bauverträge die Bestimmung hineingeschrieben habe, daß etwaige Steuerungsulagen an die Arbeiter bis zu 25 pSt. vom dem Unternehmer zu tragen sind, sowieso schon bis an den Rand hinabgeglitten, wo er aufsteht, ein auf solider Grundlage bestehender Betrieb zu sein. Die Selbsterhaltung zwinge die Unternehmer zu ihrer Forderung auf Zurückhaltung der Mehrkosten und nach der Auffassung des Arbeitgeberbundes über das Reichsgesetz vom 17. April 1919, betreffend die Ubergangswirtschaft, sei sie auch begründet, da selbst dieses Gesetz einen Eingriff in die privaten Verhältnisse gestalte, wie er an einigen Beispielen in der Gas- und Elektrizitätsversorgung nachzuweisen vermag. Ihm schiedmüde Herr Kuff, Wilmshagen, der besonders seinen Vorwurf gegen die Regierung dahin zusammenfaßte, daß früher bereits anerkannte Mißverhältnisse noch nicht zur Ausbehr gebracht worden seien, obwohl einzelne Arbeiten längst fertiggestellt sind. Durch dieses Verhalten seien Unternehmer in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hätten anderweitig für sie verlastbringenden Kredit aufnehmen müssen.

Kollege Behrens betonte zu dem Begehren der Bauarbeiter auf Steuerungsulage, daß sie kaum noch begründet werden brauche, da jedermann wisse, wie rapid die Steuerung von Woche zu Woche wirke. Am 19. November sei uns mitgeteilt worden, daß die Steuerung in Berlin vom 1. bis 15. November um 26 pSt. gestiegen sei. Will dem 19. November sei wiederum eine Preissteigerung zu verzeichnen und sie wachse täglich weiter. Wenn wir auch die Belastung nicht verkennen wollen, in der sich mancher Unternehmer durch den eingegangenen Bauvertrag befindet, so können darunter nicht die Bauarbeiter weiter leiden, deren Lebensmöglichkeiten mittlerweile völlig unzulänglich geworden sind. Es muß Hilfe geschaffen werden, und wenn die Arbeitgeber allein dazu außerstande sind, das berechnete Verlangen der Bauarbeiter zu erfüllen, dann muß die Regierung den Unternehmern entgegenkommen. Nicht um den Unternehmern gefällig zu sein, sondern um den Arbeitern zu helfen, damit sie die Last, die sie bedrückt, tragen können und es nicht zu Arbeitsunterbrechungen in größerem Umfang kommt, die bisher noch verhindert werden konnten. Nun kamen die Vertreter der Regierung zu Worte. Wenn wir geglaubt hätten, von ihnen eine positive Erklärung über die Stellung des einzelnen Ministeriums zu der Forderung des Arbeitgeberbundes zu hören, so erleben wir allesamt eine bittere Enttäuschung. Nicht einer der anwesenden Herren war instande oder beauftragt, den Standpunkt des Ministeriums bekannt zu geben, sondern alle wollten sich gegenseitig nur informieren. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums, der gebeten wurde, sich über Reichswirtschaftlichkeit des von Herrn Behrens angelegenen Gesetzes in diesem Falle zu äußern, konnte nur seine persönliche Meinung darüber kundgeben, die auch nicht einmal eine grobannliche Richtung aufzuweisen hatte, sondern auf eine „hergüllige Erklärung“ hinauslief. Der Vertreter des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten hielt den Eingriff in die privaten Verhältnisse auf Grund des angelegenen Gesetzes für äußerst beschränkt und nur insoweit für anwendbar, als ein öffentliches Interesse und die allgemeine Volkswohlfahrt dabei in Frage kommt. Die von Herrn Behrens ganz allgemein geforderte Anwendung der Gesetzbestimmung auf die privaten Verträge würde in der Frage der Tarifvertragsstreue auf eine abschüssige Bahn führen. Letzten Endes würde damit der Mißvertrag völlig beseitigt und an seine Stelle der Negievertrag treten. Was er sonst über den Inhalt der mit den Unternehmern abgeschlossenen Verträge sagte, widersprach in manchen Punkten dem von den Unternehmern dargebracht. Zu vielen Stellen besahe schon seit der Kriegszeit ein sogenannter Kolonialvertrag, der einen Ausgleich bei Wertenerungen während des Krieges schaffe. Und im übrigen hätten alle solche Vorkommnisse eine wohlwollende Berücksichtigung erfahren. Zudem sei das Ministerium auch gar nicht in der Lage, Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen, wenn es nicht wisse, um wie hohe Forderungen und Summen es sich handeln könnte. Ebenso konnte auch der Vertreter des Finanzministeriums keine entscheidende Erklärung abgeben. Das Ministerium für Volkswohlfahrt ließ erklären, daß es bei der Angelegenheit nur insoweit interessiert sei, als der Wohnungsbau in Frage komme. Der Umfang, in dem es in diese Frage hineingezogen wird, würde vielfach überschätzt.

Die 4.600.000, die vom Reich bereitgestellt worden sind, um die Ueberbrückung auszugleichen, die beim Wohnungsbau entstanden ist, hat als Wirkung zu verzeichnen gehabt, daß nur 10 pSt. von den Wohnungen errichtet worden sind. Es ergebe sich auch daraus, daß doch nicht in allen Fällen den Bauverträgen eine derartige Starke anhafte, daß die Unternehmer jeden Mehraufwand an Lohn aus eigener Tasche zahlen müssen. Dem schlossen sich auch die Kollegen **Wiedberg** vom Christlichen Verband und **Schumann** vom Verband der Zimmerer an. Herr **Chheim** rief **Wulff** selbst hat auch die Unternehmer, sich einmal den Beschlag Zäpfer zu überlegen, bevor die Verhandlung als gänzlich ergebnislos beendet werden müsse. Nach langer Einzelberatung brachten die Arbeitgeber dann folgende Erklärung:

Fräulein **Reichsarbeitministerin** die Erklärung abgab: Das Reichsarbeitministerium erklärt, daß es bei der Reichsregierung mit allen Kräften dafür eintreten wird, daß diese auf Grund der Verordnung vom 17. April 1919, Reichsgesetzblatt Seite 849, noch im Monat Dezember 1919 eine Verordnung herausgegeben wird, durch die die Bauauftraggeber Reichs-Standorten, (Gemeinden, Private usw.) verpflichtet werden, eine zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden vereinbarte neue Zeuerungszugabe zu zahlen, sind wir bereit, unsere Mitglieder anzuweisen, eine erste Rate der neuen Zeuerungszugabe, deren Höhe vom Reichsarbeitministerium vorgeschlagen ist, vom 11. Dezember an zu zahlen. Bis Stundentilgung gehen die laut Vereinbarung vom 12. und 13. August dieses Jahres festgesetzten oder durch Schiedsprüger des Haupttarifamts ergänzten Stundentilgung. Die vorgeschlagene erste Rate soll in Prozenten ausgedrückt sich auf diese Stundentilgung beziehen. Soweit spätere Bewilligungen unter dem Vorbehalt der Aufrechnung gemacht sind, soll diese Aufrechnung hierbei erfolgen. Sobald die Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht ist, sind wir bereit, über den Rest der Zeuerungszugabe unter der Leitung des Reichsarbeitministeriums mit den Arbeitgeberverbänden weiter zu verhandeln. Beim Erleben hat diese Vereinbarung für Berlin keine Gültigkeit. Die bestehenden Differenzen zwischen den Löhnen beim Hochbau und den Spezialarbeitern des Schornsteinbauwesens 10 A bis 30 A werden nicht verändert.

Da ein weiterer Versuch, die Arbeitgeber zur Freigabe der örtlichen Verhandlungen zu veranlassen, scheiterte, war die Verhandlung damit zu Ende. Herr **Chheim** rief **Wulff** erklärte, daß er diese Erklärung dem Herrn Minister vorlegen werde und daß er keine Bedenken trage gegen die Herausgabe einer derartigen Erklärung, wie sie von den Arbeitgebern verlangt wird. Die Entscheidung darüber müsse er jedoch dem Minister überlassen. Ebenso werde er auch die Entscheidung über die Höhe des Prozentsatzes der Abschlagszahlung dem Ministerium überlassen. Die Antwort darauf sollte nach Vereinbarung am 11. Dezember vormittags gegeben werden. Sie lautete auf 10 pSt. Kollege **Zäpfer**, der diese Mitteilung entgegen genommen, hat noch einmal dem Herrn Geheimrat **Wulff** zu erkennen gegeben, daß er über die Normierung dieses Satzes sehr enttäuscht sei. Er habe bestimmt erwartet, daß das Reichsarbeitministerium mit Rücksicht auf die von ihm am 19. November bezeugte Wirkung der Zeuerung in Berlin mindestens bis dem Mittel der damaligen festgestellten Steigerung genähert hätte. Er könne nur noch den Wunsch aussprechen, daß das Reichsarbeitministerium die Erklärung so schnell wie möglich zur Veröffentlichung bringen möge und im übrigen Veranlassung nehmen, die Vertragsverträge so bald wie möglich wieder an den Verhandlungstisch zu bringen zur endgültigen Verabschiedung der Zeuerungszugabe.

Die Eröffnung dieser Sitzung ließ der Arbeitgeberbund durch Herrn **Dehrens** erklären, daß ohne irgendeine Erklärung seitens der Regierung auch von der in Aussicht gestellten Abschlagszahlung keine Rede sein könne. Man bedauere unendlich, daß, nachdem die Regierung 3 Wochen Zeit gehabt, sich mit der Frage zu beschäftigen, man dennoch zu keinem Entschluß gekommen sei.

Kollege **Zäpfer** machte die Arbeitgeber noch einmal auf die ersten Folgen aufmerksam, die entstehen, wenn wir hier ergebnislos auseinandergehen. Die Verantwortung darüber haben neben der Regierung auch die Unternehmer

zu tragen, die durch die Verweigerung der örtlichen Verhandlungen manche Verhängnisvolle verhindern. Die Vorgänge in den letzten Wochen haben den Beweis erbracht, daß es möglich ist, in Orten zu einer Vorverhandlung zu gelangen. Es ergebe sich auch daraus, daß doch nicht in allen Fällen den Bauverträgen eine derartige Starke anhafte, daß die Unternehmer jeden Mehraufwand an Lohn aus eigener Tasche zahlen müssen. Dem schlossen sich auch die Kollegen **Wiedberg** vom Christlichen Verband und **Schumann** vom Verband der Zimmerer an. Herr **Chheim** rief **Wulff** selbst hat auch die Unternehmer, sich einmal den Beschlag Zäpfer zu überlegen, bevor die Verhandlung als gänzlich ergebnislos beendet werden müsse. Nach langer Einzelberatung brachten die Arbeitgeber dann folgende Erklärung:

Fräulein **Reichsarbeitministerin** die Erklärung abgab: Das Reichsarbeitministerium erklärt, daß es bei der Reichsregierung mit allen Kräften dafür eintreten wird, daß diese auf Grund der Verordnung vom 17. April 1919, Reichsgesetzblatt Seite 849, noch im Monat Dezember 1919 eine Verordnung herausgegeben wird, durch die die Bauauftraggeber Reichs-Standorten, (Gemeinden, Private usw.) verpflichtet werden, eine zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden vereinbarte neue Zeuerungszugabe zu zahlen, sind wir bereit, unsere Mitglieder anzuweisen, eine erste Rate der neuen Zeuerungszugabe, deren Höhe vom Reichsarbeitministerium vorgeschlagen ist, vom 11. Dezember an zu zahlen. Bis Stundentilgung gehen die laut Vereinbarung vom 12. und 13. August dieses Jahres festgesetzten oder durch Schiedsprüger des Haupttarifamts ergänzten Stundentilgung. Die vorgeschlagene erste Rate soll in Prozenten ausgedrückt sich auf diese Stundentilgung beziehen. Soweit spätere Bewilligungen unter dem Vorbehalt der Aufrechnung gemacht sind, soll diese Aufrechnung hierbei erfolgen. Sobald die Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht ist, sind wir bereit, über den Rest der Zeuerungszugabe unter der Leitung des Reichsarbeitministeriums mit den Arbeitgeberverbänden weiter zu verhandeln. Beim Erleben hat diese Vereinbarung für Berlin keine Gültigkeit. Die bestehenden Differenzen zwischen den Löhnen beim Hochbau und den Spezialarbeitern des Schornsteinbauwesens 10 A bis 30 A werden nicht verändert.

Da ein weiterer Versuch, die Arbeitgeber zur Freigabe der örtlichen Verhandlungen zu veranlassen, scheiterte, war die Verhandlung damit zu Ende. Herr **Chheim** rief **Wulff** erklärte, daß er diese Erklärung dem Herrn Minister vorlegen werde und daß er keine Bedenken trage gegen die Herausgabe einer derartigen Erklärung, wie sie von den Arbeitgebern verlangt wird. Die Entscheidung darüber müsse er jedoch dem Minister überlassen. Ebenso werde er auch die Entscheidung über die Höhe des Prozentsatzes der Abschlagszahlung dem Ministerium überlassen. Die Antwort darauf sollte nach Vereinbarung am 11. Dezember vormittags gegeben werden. Sie lautete auf 10 pSt. Kollege **Zäpfer**, der diese Mitteilung entgegen genommen, hat noch einmal dem Herrn Geheimrat **Wulff** zu erkennen gegeben, daß er über die Normierung dieses Satzes sehr enttäuscht sei. Er habe bestimmt erwartet, daß das Reichsarbeitministerium mit Rücksicht auf die von ihm am 19. November bezeugte Wirkung der Zeuerung in Berlin mindestens bis dem Mittel der damaligen festgestellten Steigerung genähert hätte. Er könne nur noch den Wunsch aussprechen, daß das Reichsarbeitministerium die Erklärung so schnell wie möglich zur Veröffentlichung bringen möge und im übrigen Veranlassung nehmen, die Vertragsverträge so bald wie möglich wieder an den Verhandlungstisch zu bringen zur endgültigen Verabschiedung der Zeuerungszugabe.

Die Eröffnung dieser Sitzung ließ der Arbeitgeberbund durch Herrn **Dehrens** erklären, daß ohne irgendeine Erklärung seitens der Regierung auch von der in Aussicht gestellten Abschlagszahlung keine Rede sein könne. Man bedauere unendlich, daß, nachdem die Regierung 3 Wochen Zeit gehabt, sich mit der Frage zu beschäftigen, man dennoch zu keinem Entschluß gekommen sei.

Kollege **Zäpfer** machte die Arbeitgeber noch einmal auf die ersten Folgen aufmerksam, die entstehen, wenn wir hier ergebnislos auseinandergehen. Die Verantwortung darüber haben neben der Regierung auch die Unternehmer

„Wir leben nicht auf einer weissen Insel, die uns alles zum Leben Notwendige spendet, wo wir uns ohne Rücksicht auf die übrige Welt nach unserer Weise ausleben können. Nein, wir leben in Deutschland, immer noch in dem durch die englische Hungerplöde zusammengebrochenen Deutschland, das hungert und dürrig geliebet nach Versailles ging, um zu bekennen: Deutschland kann nicht 5 Jahre ohne die übrige Welt leben; es braucht von ihr für seine Bevölkerung Lebensmittel und vielerlei Rohstoffe für seine verschiedenen Industrien. Die übrige Welt muß Deutschland mit diesen Stoffen versorgen, wenn sie es nicht dem Hungern, dem Frieren und der Arbeitslosigkeit preisgeben will. Um sich in großen Zügen eine Vorstellung davon zu machen, wie abhängig Deutschland heute vom Ausland ist, müssen wir uns erinnern, daß das emsig schaffende Deutschland der Vorkriegszeit durch Lebensmittel- und Rohstoffkäufe eine Einfuhr hatte, die um viele Milliarden jährlich den Wert der Ausfuhr überstieg. Trotzdem vermachten wir nicht, sondern wurden als Volk jährlich reicher, weil unsere Unternehmungen im Ausland und unsere Schifffahrt uns das Weniger der Ausfuhr und darüber hinaus einbrachten.“

Man hat nun in Versailles nicht nur unsere gesamte Handelsflotte uns weggenommen, sondern auch wirtschaftlich uns dadurch vertrieben, daß man (entgegen dem Willkürrecht) die deutschen Privatunternehmungen in der ganzen Welt aufkufte und beschlagnahmte, und alle Beziehungen Deutschlands zur Außenwelt dadurch vernichtete, daß man allenhalten die Auslandsdeutschen aus ihren Heimaten vertrieb und sie nach Deutschland schickte. Aber mehr noch: man schnitt aus dem deutschen Reichskörper im Osten die großen Korn- und Rostoffkammern, was das Mehr unserer Lebensmitteleinfuhr, und man nahm uns unsere Kolonien, was den Wert der auslandischen Einfuhr an Rohstoffen vergrößern muß. Es ist damit klar, und wir wollen es ersagen und aussprechen: Unsere Einfuhr übersteigt die Ausfuhr dem Werte nach bei weitem und mehr als früher. Es fließt deutsches Geld andauernd mehr ins Ausland als aus durch ausländische Käufe deutscher Waren wieder nach uns zurückfließt. Die deutsche Mark bleibt also im Ausland dauernd angeboten, was zur Folge hat, daß ihr Wert bei der Umrechnung über Umrechnung in die Münze des betreffenden Landes sinkt, das heißt, daß die deutsche Markta, die deutsche Währung, fällt. Da man uns durch Zerstörung und Wegnahme unserer Unternehmungen im Ausland und unserer Handelsflotte die Möglichkeit genommen hat, durch sie wie vor dem Kriege das Mehr des Einfuhrwertes wieder zu decken, so müssen wir als Volk unaufhaltend und unrettbar verarmen. Der Friede von Versailles hat nun auch dafür gesorgt, daß dieser Zustand für Jahre erhalten bleibt, indem wir, falls wir in den nächsten Jahren Schiffe bauen, diese ins Ausland abziehen müssen.

Die Größe der sogenannten Entwertung der Mark, das heißt die Festlegung der deutschen Markta, ist der Willkür des Auslandes anheimgelassen, da Angebot und Nachfrage sich nicht annähernd die Waage halten. Wir finden darin unerhört weniger Tage die wildsten Schwankungen. Die Markta ist damit ein politisches Machtmittel der fremden Staaten, und zwar ein wirksameres als Armeen und Kriegsschiffe und für das Ausland politisch gefährlicher, weil es der großen Gefahr des Volkes (des eigenen und wie das dadurch gestraft) als solches nicht in die Augen springt. — Machen wir uns durch irgendeine Maßnahme im Ausland mitleidig, so wirkt es, was unter den heutigen Verhältnissen eine Kleinigkeit ist, bei der deutschen Markta. Die Folge ist: wir können im Ausland weniger kaufen, und unser Wagen bleibt leer oder nur halb gefüllt, und wir werden gefügig. Mit

Die Wäluuta.

Unter der vorstehenden Ueberschrift veröffentlicht Dr. **Paul Junkhof** in Nummer 35 der Zeitschrift „Die Glocke“ nachstehenden Artikel, den wir unsern Kollegen dringend zur Beachtung empfehlen:

Gewerkschaftlers Weihnacht.

Weihnachten ist das Fest des Kindes, der Familie, der Liebe. Edele Werte des Menschenherzens werden an diesem Feste rege, selbst in den Nächsterfein. Weihnachten ist das Fest der Seele. Kein Fest wird so im tiefsten Gefühl wie das Weihnachtsfest; kein Fest erzeugt so frohe Stimmung, solche Kindheitsglückseligkeit. Kinderspielchen sagt über der Welt. Wie hebt sich diese Festesfreude ab aus dem Leben unserer Alltags! Die Welt ist für 2 Tage schwer auf den Kopf gestellt. Froh ist man mit Kindern, Lieber singt man wie Kinder. Die Arbeit ruht, das Hasten und Jagen und Streben, und man ist Kind.

Und wer auch sonst wohl im Kinde nur das unreife, spielende Wesen sieht, an diesen Tagen sieht er als etwas Hohes und Heiliges diesen Kindeswert. „Werdet wie die Kinder!“ Wie lüht der Mensch, jeder, den tiefen Wert dieses Wortes des Nazareners wie an dem Tage, den die Welt als seinen Geburtsstag feiert. Und doch ist es nur ein kurzes Fest dieser Kindesfeier im Menschen. Zu sehr ist der Alltag das schroffe Gegenteil. Unmöglich ist es, weihnachtlichen Geist hineinzutragen ins Leben. Es hat seinen eigenen Charakter, eigene Ziele. Und wenn man ihm noch zu gern Willen weihnachtlichen Geistes anheben möchte; ein düstere Baum kann nur werden, wenn von unten auf, aus der Wurzel herausfließen jene Blütenblätter.

Doch wir haben bereits diese Wurzel, und lebendige Säfte fließen aus ihnen heraus in das Zusammenleben. In den gewerkschaftlichen Organisationen haben wir die Keime jenes kommenden Bruderlebens. Denn was wir letzten Endes anders, als daß alle glückselig, als daß Gerechtigkeit und Gleichheit herrsche

und Friede auf Erden? Wie die Kinder sollen die Menschen sein, so rein, so reich und so froh. Das ist unser höchstes Ziel, darum kämpfen wir unsern Gewerkschaftskampf, der mehr und mehr jene materiellen kapitalistischen Faktoren, die die Entwicklung des Kindes im Menschen hemmen, aufhebt, damit das Kind ohne schädliche Beeinflussung einer rohen materiellen Macht zum vollen Menschen reifen kann und der Erwerbslose ein reiches Kind wird mit all dem Glück einer fröhlichen, frohen und kindlich brüderlichen Seele. Nur durch unsern gewerkschaftlichen Kampf wird uns kommen das Glück dieses Kindes, und so ihr nicht Gewerkschaftler seid und bleibet, werdet ihr niemals erlangen diese ewige Weihnacht eines fröhlichen reinen irdischen Menschenglücks. Dr. **Gustav Hoffmann**.

Verwertung flüssiger Hochofenschläde für Bauzwecke.

ATK. In der Verwendung und Verwertung von Schlacken, die sich früher zu bedrohlichen Bergen anhaufen, haben es in den letzten Jahrzehnten die Amerikaner sehr weit gebracht. In 3 Hüttenwerken der Carnegie Steel Co., die an der Union Railway in der Nähe von Pittsburg liegen und 24 Hochofen in Betrieb haben, läßt man sogar, wie Prometheus nach „Enghin, News Record“ berichtet, die jährlich entstehenden 2 Millionen Tonnen Schlacke zum größten Teil gar nicht einmal erstarren, sondern verwendet sie gleich im flüssigen Zustande zum Auffüllen tiefliegender Grundflächen, zur Herstellung von Zement und als Bettung und Füllmaterial bei Eisenbahnbauwerken. Zur Veredelung von Eisenbahndämmen zum Beispiel bringt man die flüssige Schlacke gleich von den Dämmen selbst flüssig zum Abfluss. Sie wird nach dem

Erstarren sehr fest und tragfähig. Ungefährlich werden von der entstehenden Schlackenmenge der 3 Werke gerade 1,6 Millionen Tonnen auf diese Art leicht und billig verwertet.

Die flüssige Schlacke gelangt aus den Hochofen direkt in eigene Kippwagen von 13 Tonnen Fassungsvermögen, die zu Wagen von 7 bis 15 Wagen zusammengefaßt sind. Die Schlacke fällt ziemlich weit geladene werden, ohne zu erstarren. Nur auf der offenen Oberfläche und an den Wänden bilden sich Krusten, die aber beim Auskippen nicht hinderlich sind. Die Wagen sind mit Aufstellvorrichtungen und Verschluß-Rippvorrichtungen versehen, die beide, an jedem Wagen für sich, von der Lokomotive aus in Tätigkeit gesetzt werden. Neuerdings ist auch ein Ufermauer von 10 Kilometer Länge und 6,10 Meter Höhe aus flüssiger Schlacke aufgeführt worden. Sie dient zur Schüttung und zum Schutz eines Eisenbahnabzuges, der am Flußufer entlangläuft. Man grub zunächst parallel zum Ufer einen Graben, dessen Sohle tiefer als der niedrigste Wasserstand lag. Die dem Fluße nächstliegende Grabenwand wurde die 1/2 Meter über dem niedrigsten Wasserstand mit kalten Schlackenbrocken ausgefüllt, die dann mit flüssiger Schlacke ausgegossen wurden. Die flüssige Schlacke wurde die flüssigste durchdrang alle Zwischenräume der aufgeschichteten trockenen Schlackenbrocken und verfestigte diese in einer zusammenhängenden festen Masse, die ein zuverlässiges Fundament bildete. Auf dieses Fundament liegte man nun wieder 1/2 Meter hoch lose Brocken, um weitere Schäden zu vermeiden. Die gleiche Methode, bis die gewünschte Höhe der Ufermauer erzielt war. Die eingetragenen Hochofen flüssigen Schlacke verbanden sich zu einer einheitlichen festen Masse, in die auch die äußere Verklebung aus fester Schlacke unzulässig eingebettet ist. Einige Baukosten, wenig Arbeitskräfte und höchste Zuverlässigkeit charakterisieren diese neue Bauweise.

entbunden. Das Papiergeld wurde gesetzliches Zahlungsmittel. Das Papiergeld hat aber an sich keinen Wert. Es ist kein Wertträger wie das Gold, das ebenso wie jede andere Ware gesellschaftlich notwendige Arbeit verkörpert und das aus diesem Grunde allgemeiner Wertmesser ist. Das Papiergeld ist nur Repräsentant von Werten, die außerhalb ihm selbst existieren. In normalen Zeiten waren diese Werte das Gold, das in den Kellern der Reichsbank lagerte und das für die ausgegebenen Noten wenigstens bis zu einem gewissen Grade als Deckung diente. Je mehr Papiergeld mit Hilfe zahlreicher Druckerpressen hergestellt wurde, um so mehr wurde dieses Papiergeld entwertet, gumat auch noch fortgesetzt neue Millionen in Geld zur Hebung der deutschen Valuta ins Ausland wanderten.

Aber warum stellte das Reich mittels der Druckerpresse fortgesetzt neue Milliarden Papiergeld her? Einmal natürlich, um selber billiges „Gold“ zu bekommen und seine inländischen Kriegsteilnehmer zahlen zu können, dann aber auch, weil zur Zahlung der fortgesetzt in die Höhe gehenden Preise und Löhne eine viel größere Menge Zahlungsmittel als früher notwendig war. Nach Kriegsende bezugsweise nach der Revolution hatten sich die Arbeitslöhne im allgemeinen verdoppelt bis verdreifacht, die Warenpreise aber verdrei bis vierfach. Dementsprechend war auch die Ausgabe papierener Zahlungsmittel in die Höhe gegangen. Zeitweise — so besonders in der ersten Zeit nach der Revolution — war die Zahlungsmittelknappheit so groß, daß man gewöhnliche Drucker zum Druck von Notgeld heranziehen mußte, was allerdings zum Ziel mit auf die Notensammlerei zurückzuführen war. Und mit der Ausgabe neuer Zahlungsmittel hielt auch die Entwertung unserer Geldes gleichen Schritt.

Aus dem Gelagten ergibt sich, daß mit der Erhöhung der Löhne und Preise allein die deutsche Valuta nicht zu heben ist. Sie wäre mit diesem Mittel nur dann zu heben, wenn es sicher wäre, daß der Wert des deutschen Geldes, gemessen am Goldwert bezugsweise an der ausländischen Zahlung, von jetzt an nicht weiter sinkt. Das ist aber keineswegs sicher. Im Gegenteil ist mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten, daß die gewünschte Erhöhung der Löhne und Preise eine neue gewaltige Vermehrung unserer papierenen Zahlungsmittel und damit eine weitere starke Geldentwertung zur Folge hätte. Die Lage der deutschen Arbeiter würde dabei nicht gebessert. Die Erhöhung ihrer Löhne wäre, wie das während des ganzen Krieges gewesen ist, im Innern eine erhöhte Nachfrage nach Waren und somit eine Erhöhung der Preise hervor, die den erhöhten Lohn bald wieder aufessen würde. Die erhöhte Nachfrage nach Waren machte sich auch im Ausland bemerkbar, sie zöge auch dort eine Erhöhung der Preise nach sich. Die Folge wäre eine Verteuerung unserer Einfuhr und eine noch größere Übererschwerung des Auslands mit deutschen Zahlungsmitteln. Wir hätten also zwar den Vorteil, daß wir für die geringe Menge ausgeführter Waren — die hauptsächlich infolge der härteren Nachfrage im Inland, wenigstens vorübergehend, noch kleiner wäre — höhere Preise und somit mehr ausländische Guthaben bekämen, aber auf der anderen Seite müßten wir, solange unsere Einfuhr die Ausfuhr weit übersteigt, das, was wir bei der Ausfuhr an höheren Preisen gewinnen, bei der Einfuhr unter Umständen doppelt oder dreifach wieder verlieren. Das Ergebnis würde dann, gemessen am Goldwert bezugsweise an der ausländischen Zahlung, von jetzt an nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung unserer Valuta sein.

Das darf nun freilich meines Erachtens kein Grund sein, die Dinge einfach treiben zu lassen. Die deutsche Regierung wird Mittel finden müssen, um die Hebung der deutschen Valuta wieder in die Wege zu leiten. Das ist nach meiner Meinung durch Schiffbrachten und Zinsen von Auslandsanleihen nicht mehr möglich ist, wir im Gegenteil selbst ungeheure Ausgaben des Auslandes zu veranlassen haben — nur möglich durch die Schaffung einer größeren Menge von Ausfuhrwerten und durch die größte Einschränkung der Einfuhr aller nicht lebensnotwendigen Waren. Einfuhr und Ausfuhr müssen allmählich wieder, und zwar mehr als vor dem Kriege, miteinander in Einklang gebracht, Werte müssen gegen Werte ausgetauscht werden. Das das bei unsem Rohstoffmangel und der Zerrüttung unserer Wirtschaft schwierig ist, liegt auf der Hand. Es muß immer erst ein großer Teil der Rohstoffe eingeführt werden, bevor ihre Verarbeitung und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten möglich ist. Und die Einfuhr dieser Rohstoffe ohne gleichzeitige Ausfuhr wird natürlich unsere Valuta weiter verschlechtern. Es wird deshalb zu erwägen sein, ob nicht durch eine große Valutaanleihe im Ausland die nötigen Rohstoffe beschafft und damit der Grund zu einer starken Wiedererholung gelegt werden kann. Vielleicht würde uns auch der eine oder andere Staat Rohstoffe unter der Bedingung liefern, daß wir sie nach ihrer Veredelung mit Halb- oder Fertigfabrikaten bezahlen. Denn schließlich ist ja auch das Ausland daran interessiert, daß unsere Valuta nicht noch weiter sinkt und die deutsche Schmutzfutur nicht noch weiter vergrößert wird.

Nebenher müßte allerdings auch ein ungefährer Ausgleich der Preise für Ausfuhrwaren mit den Auslandspreisen angestrebt werden. Das könnte meines Erachtens insofern durch die Erhebung eines Ausfuhrzolls in solcher Höhe, daß die ausgeführten Waren im Preis mit den Auslandswaren ungefähr gleichstehen. Vor einer Uebersteigerung dieses Preises müßte man sich freilich hüten, weil sonst die deutsche Ausfuhr gefährdet und damit die Valuta noch mehr verschlechtert würde. Der Ertrag eines solchen Zolls, dessen

Erhebung wegen des ständigen Wechsels der In- und Auslandspreise gewiß nicht leicht wäre, könnte zum Einkauf von ausländischen Lebensmitteln bezugsweise zur Senkung der Preise für solche Lebensmittel verwendet werden. Damit lassen sich vielleicht weitere Vorkorrekturen, wenn auch nicht verhindern, so doch in möglichen Grenzen halten. Gleichzeitig müßte freilich die schärfste Ausfuhrkontrolle gelöst werden, weil sonst die Gefahr eines umfangreichen Schmuggels und Schleichhandels nach dem Ausland bestünde.

Auf diese Weise, glaube ich, wäre es möglich, die deutsche Volkswirtschaft allmählich wieder in Gang zu bringen, die Ausfuhr zu steigern und unsere Valuta zu heben. Daraus ergäbe sich dann mit der Zeit ganz von selbst auch im Inland eine höhere Bewertung unserer Geldes und eine größere Kaufkraft unserer Löhne. Ohne die Erzeugung von mehr Werten, ohne die Schaffung eines größeren Angebotes an Waren werden wir trotz aller Lohnherabsetzungen nicht zu einer größeren Kaufkraft der Löhne kommen.

(Nach einem Vortrage von H. Kittinger in der „Neuen Zeit“)

Deutsche Wirtschaftsziele.

Mit dem Tage des Waffenstillstandes brach die deutsche Welt und Wirtschaftsmacht für absehbare Zeit zusammen. Mit dem Tage konnte auch die deutsche Nationalökonomie ihre althergebrachten Schutzbegriffe abschließen und sah sich gezwungen, auf völlig ungeschütztem Boden, unter ganz neuen, noch nie dagewesenen Verhältnissen neue Erkenntnisse zu gewinnen und sich zu neuen Standpunkten durchzuarbeiten. Diese Situation wurde durch den Friedensvertrag verschärft, denn er bedeutet für die deutsche Volkswirtschaft, wird seine buchstäbliche Erfüllung mit Rücksichtslosigkeit durchgeführt, den Todesstoß. Er verleiht ganz unerschützt die Zensur, die deutsche Ökonomie in absolute Abhängigkeit von den Ententeemächten zu bringen. Er will eine eigenständige Wirtschaft, das heißt eine auf sich selbst gestellte und in sich selber ein vollständiges System bildende Wirtschaft verhindern. Aber diese Abhängigkeit ist unausführbar und muß zu den schwersten Konflikten führen, denn sie widerspricht auf Schritt und Tritt den Charakter der deutschen Arbeit, der deutschen Auffassung des Arbeitsbegriffes, dem Wesen des deutschen Arbeitswillens und der deutschen Arbeitsethik. Das deutsche Volk ist in seinem innersten Wesen das geborene Arbeitsvolk. Seine ethnologische Beschaffenheit und die geographische Lage, sowohl in politischer, wie in klimatischer, wie bodenkundlicher Hinsicht, haben es mit diesem Arbeitscharakter ausgestattet, der physisch wie psychisch zur Selbständigkeit und Selbstentfaltung drängt und jede mechanische Sklavensarbeit als etwas Unnatürliches von sich weist. Selbst die feigste Entente auf der Verflauung Deutschlands, dann wird das deutsche Volk die Konsequenzen daraus zu kennen wissen, und man kann es verlassen, wenn schon heute ein so schmerzlicher Wirtschaftszusammenbruch wie jenseits der Arbeiter von Moellendorf als Grundforderung der Gegenwart ausspricht: „uns mehr denn je auf die Produktion zu konzentrieren“.

Die durch politischen Zwang und den Zwang unserer schlechten Valuta herbeigeführte Abschneidung Deutschlands vom Weltmarkt, vor allem von seinen Rohstofflagern, wird in der Tat unsere landesegene Urproduktion, die Hebung der Schätze unter der Erdoberfläche und auf den Agrarböden, zum Ausgangspunkt jeder weiteren Wirtschaft machen müssen. Darum sind das Bergbauproblem (Kohle, Kali, Eisen) und das Agrarproblem die Hauptfragen der Gegenwart. Bei beiden handelt es sich überwiegend um private Monopolstellungen, deren schwerwiegende Bedeutung um Marx' Engels klar gemacht haben. Sie stehen naturgemäß zur Sozialisierung. Wein Bergbau ist das bereits ziemlich allgemein anerkannt, auch in nicht sozialistischen Kreisen, zum Beispiel von den bürgerlichen Bodenreformern, aber auch von konservativen, demokratischen und Zentrumspolitischen. Bei der Landwirtschaft hat man sich noch nicht zu dieser Klarheit durchgerungen und selbst Moellendorf ist hier mancherorts noch zurückgeblieben. „Die Landwirte bringen“, so sagt er, „alles Zeug mit sich, um ausgezeichnete Gemeinwirtschaftler zu sein.“ Er übersieht, daß der Landwirt von heute nicht mehr der von 1919 ist. Die Deutsches Reichslandbau hat in den Agrarieren das Gemeingefühl geschwächt und den Prestigegebanen aufhöchste geleistet. Moellendorf ist so verblendet, daß er selbst in dem Kampfauftritt des agrarischen Reichsausschusses vom 20. November, allerdings „zwischen den Zeilen“, so etwas wie „den guten Willen“ meint herauslesen zu dürfen. Es wäre gewiß herrlich, wenn die deutschen Landwirte nur etwas von einem bewährten auf Gemeinwirtschaft und nicht bloß auf Eigenprofit gerichteten „guten Willen“ in die Tat umsetzen wollten. Leider läßt ihre Kampfmethode keine Hoffnungen in dieser Richtung aufkommen, und so stehen wir vor der komplizierten Frage: Wie entfalten wir die agrarische Urproduktion vor vollen Höhe?

Gelingt es uns erst einmal, das deutsche Volk, das ja so bescheiden in seinen Ansprüchen geworden ist, in der Hauptsache aus der eigenen Landwirtschaft zu ernähren, so wäre damit der erste wichtige Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufbau getan. Sieht die deutsche Landwirtschaft aber als Fremddarpper im Volke, steht sie den darbenenden Konsumenten weiter feindlich gegen-

über, so müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um den deutschen Volkboden zum höchsten Ertrag zu bringen und uns in der Ernährungsfrage vom Auslande möglichst unabhängig zu machen — um zunächst wenigstens auf diesem Gebiete eine eigenständige Wirtschaft etablieren zu können.

Das Kohlenelend.

Der „Vorwärts“ schrieb in seiner Nr. 579:

Man hört allenthalben, daß die Kohlenproduktion sich erfreulich vernehmt. Man hat den Personenerwerb auf ein Minimum beschränkt, um alle Kräfte freizubekommen, rascher die Kohlen von den Gruben nach den Bestimmungslägen zu fahren. Dennoch häufen sich die Klarmarkte von gestiegerten Kohlennot. Hier stimmt etwas nicht.

Der Reichskohlenkommissar klagt den Eisenbahnminister an, daß er ihm nicht genügend Wagen stelle, und der Eisenbahnminister sagt, daß er Wagen nur stellen könne, wenn er Kohlen bekäme. Der eine will die Kohlenlieferung von dem Umfang der Wagenstellung abhängig machen und der andere droht, zur Selbsthilfe zu greifen und sich für den Verkehr notwendigen Kohlen einfach wegzunehmen. Auch hier stimmt etwas nicht.

Indessen steigt die Kohlennot im Lande von Tag zu Tag. Die Stahlproduktion, die wir zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung unbedingt notwendig haben, und die der Kernpunkt unserer schwierigen Nahrungsmittelversorgung ist, liegt aus Mangel an Kohlen darnieder. Raff und Kalk, die uns bei reichlicher Anwendung in der Landwirtschaft eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln mehr verschaffen könnten, sind nicht zu haben, weil die Werke keine Kohlen haben. 125 Kalorien stehen in Deutschland bereits still und es ist zu befürchten, daß ihre Zahl noch erhöht wird, weil sie im kommenden Monat nur mit einem Viertel der zugefügten Kohlenmengen betriebsfähig werden können. Die Papierproduktion liegt daneben, weil es an Brennstoff fehlt. Die notwendigen Auslastungen können nicht erzeugt werden, weil Kohlen fehlen. Die Zentralheizungen werden bald außer Betrieb gesetzt werden müssen, weil Kohlen fehlen. Viele Wohnungen stören vor Frost und die Haushaltungen sind noch lange nicht alle mit Kohlen versorgt. Die Industrie leidet auf schwerste, weil Kohlen fehlen. Das ganze Wirtschaftslieben ist in äußerster Gefahr, weil Kohlen fehlen. Die Kraftwerke liegen zu einem Teil noch in den Klarmarkten und sind nicht zu werden, wenn nicht die Kohlenlieferungen in die leicht beschaffbaren Kraftwerken trocken können und wenn nicht die Spiritusbrennereien wenigstens die für die Fleisch-, Fett- und Milchverarbeitung wichtige Kohlenfleckelpen erzeugen können, aber es fehlen Kohlen. Die Stadt Berlin sitzt einen Alarmruf aus, daß die Wasserleitung der Stadt mit Milch katastrophal geworden ist, weil Züge und Kohlen fehlen.

Derweil diskutiert man, streitet man sich, bekämpft man sich und verpöht sich in Kompetenzsüchtigkeiten immer mehr. Wir wünschen uns endlich einen Alexander, der mit entschlossenem Schwertstich den unentwirrbar gewordenen Knoten auseinander schlägt. Deutschland war das Land der Organisation. Auf diesem Gebiete haben wir sonst Belieres geleistet als irgendein anderes Volk. Heute trifft das nicht mehr zu. Wir sind überorganisiert bis zur Vöhrnung. Es kommt nichts mehr heraus dabei. In Eisen, das Wasser der Organisationen, die sich gegenseitig verfeinden und die Arbeit hemmen, brauchen wir gerade auf dem Gebiete der Kohlenversorgung und des Transportwesens einen entschlossenen, fähigen und für aufbauenden Organisator in Nieselformat, einen, der sich mit klugem Schwung über den ganzen Kompetenzflüß hinwegsetzen und der mit diktorischen Befugnissen ausgerüstet ist, die ihm alle Schranken zu überstreifen gestatten. Kohlennot und Transportnot sind in erster Linie Organisationsnot. Der gute Wille zum Mannspitzen in allen Ehren, aber jetzt nur endlich einen Mann, der auch pfeifen kann und einen, der pfeifen will, einen, der auf alles pfeift, was sich ihm in seiner Arbeit entgegenstellt!

Vor einigen Tagen ging eine Meldung durch die Tagespresse, nach der ein belgischer General gehöhrt habe, Deutschland liefere allein nach Holland monatlich 100 000 Zentner Kohlen mehr als seine vertragliche Verpflichtung zöbne. Entspricht diese Mitteilung der Wahrheit, so wäre damit nicht ohne weiteres bewiesen, daß diese Kohlenlieferung unnötig ist. Es ist denkbar, daß dafür notwendige Lebensmittel und Rohstoffe geliefert werden. Man heißt aber Organisationsnot, die sich gegenständig verfeinden und die Arbeit hemmen, brauchen wir gerade auf dem Gebiete der Kohlenversorgung und des Transportwesens einen entschlossenen, fähigen und für aufbauenden Organisator in Nieselformat, einen, der sich mit klugem Schwung über den ganzen Kompetenzflüß hinwegsetzen und der mit diktorischen Befugnissen ausgerüstet ist, die ihm alle Schranken zu überstreifen gestatten. Kohlennot und Transportnot sind in erster Linie Organisationsnot. Der gute Wille zum Mannspitzen in allen Ehren, aber jetzt nur endlich einen Mann, der auch pfeifen kann und einen, der pfeifen will, einen, der auf alles pfeift, was sich ihm in seiner Arbeit entgegenstellt!

Vor einigen Tagen ging eine Meldung durch die Tagespresse, nach der ein belgischer General gehöhrt habe, Deutschland liefere allein nach Holland monatlich 100 000 Zentner Kohlen mehr als seine vertragliche Verpflichtung zöbne. Entspricht diese Mitteilung der Wahrheit, so wäre damit nicht ohne weiteres bewiesen, daß diese Kohlenlieferung unnötig ist. Es ist denkbar, daß dafür notwendige Lebensmittel und Rohstoffe geliefert werden. Man heißt aber Organisationsnot, die sich gegenständig verfeinden und die Arbeit hemmen, brauchen wir gerade auf dem Gebiete der Kohlenversorgung und des Transportwesens einen entschlossenen, fähigen und für aufbauenden Organisator in Nieselformat, einen, der sich mit klugem Schwung über den ganzen Kompetenzflüß hinwegsetzen und der mit diktorischen Befugnissen ausgerüstet ist, die ihm alle Schranken zu überstreifen gestatten. Kohlennot und Transportnot sind in erster Linie Organisationsnot. Der gute Wille zum Mannspitzen in allen Ehren, aber jetzt nur endlich einen Mann, der auch pfeifen kann und einen, der pfeifen will, einen, der auf alles pfeift, was sich ihm in seiner Arbeit entgegenstellt!

tralen Verhandlungen festzulegenden Zeuerungszulagen. Wir hatten uns mit einem Vorbehalt von 25 % einverstanden erklärt. Das Angebot der Unternehmer wurde abgelehnt. Der Streit besteht weiter.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverband.

Feststellungsergebnis vom 1. Dezember. Seit dem vorigen Jahrlage verminderte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen von 23 219 auf 16 264; ihr Verhältnis zum Hundert der Mitgliederzahl von 5,45 auf 3,80. Von den einzelnen Bezirken hatte nur der Bromberger eine bemerkenswerte Zunahme; das Verhältnis der Arbeitslosen zum Mitgliederbestand liegt dort von 11,6 auf 12,7 und erreichte damit von allen Bezirken den höchsten Stand.

Table with 10 columns: Bezirk, Anzahl der Arbeitslosen, Anzahl der Mitglieder, etc. Rows include Königsberg, Bromberg, etc.

zu können. Auch empfiehlt es sich, die Arbeitsgemeinschaften auf die Techniker auszuweiten; denn auch bei dieser sind Männer, die das enge Zusammenarbeiten aller Hand- und Kopfarbeiter im Bauwesen wollen und fördern. Diese Arbeitsgemeinschaften aller Techniker, Poliere und Schachtmeister mit dem Deutschen Bauarbeiterverband werden den Anfang zum Gewerkschaftsbund für Bauwesen bilden. Wenn es auch noch Jahre dauern wird, so soll es uns nicht distressen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Die Zukunft gehört dem Arbeiter. Jeder einflussvolle Mensch wird sich darum bemühen; nicht gegen, sondern mit ihm erreichen wir das große Ziel der Menschheitsmildeit.

Herrn Peters, Gln.

Unaußnahmlich rollt das Rad der Entwicklung vorwärts; alles germalmet, was sich ihm entgegenstellt. Dies bemerkt uns am besten das gewaltige Mannachen der gesellschaftlichen Organisationen. Der Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern verschwindet immer mehr, denn der Geist unserer Zeit läßt keinen Raum mehr dafür. Der Krieg und nicht zuletzt die Revolution haben auch hier einen Umschwung hervorgerufen. Die eiserne Notwendigkeit zwingt alle zur Einsicht. Die Erkenntnis dringt sich bei den Mittelschichten Bahn, daß auch sie nur Ausbeutungssubjekte des Unternehmertums heutzutage sind. Die Revolution hat hier einen Umschwung gebracht, der die Poliere einflussreicher ein macht und die Revolution hat den Unterschied hinweggekehrt. Ob Kopf- oder Handarbeiter, alle sind heute zu einer einheitlichen, geschlossenen Schicht geworden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß bei den Polieren die Ueberzeugung Platz gegriffen hat, daß sie in ihrer Organisationsprüfung zur Dynamik und Blutsarbeit dem Unternehmertum gegenüber verdammt sind. Die Ueberzeugung zur Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband macht sich daher an allen Orten bemerkbar. Durch die Reichsföderation der Poliere, Schachtmeister und Bohrer wurde der erste Stein des Anstoßes hinweggerollt, und die Bildung einer Reichsföderation der Poliere innerhalb des Bauarbeiterverbandes ist nicht mehr fern. Der Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter ist für die zukünftigen großen Aufgaben, vor denen wir im Bauwesen stehen, von nicht zu unterschätzender Bedeutung, besonders aber für die Sozialisierung des Bauwesens überhaupt. Alle feindseligen Reden sind zumal die sich aus der Vergangenheit ergebenden, müssen beseitigt werden. Der geschlossene Front der Unternehmer stellen wir die geschlossene Front der Arbeiter gegenüber. Deshalb hienun mit den Polieren in den Deutschen Bauarbeiterverband, der mit seinen Mitteln allein als die maßgebende Interessvertretung der Poliere in Frage kommt. Wer sich der Förderung dieser Verschmelzungsbestrebungen entgegenstellt, begeht nicht, was die Zeit fordert. Und wer sich gegen die Entwicklung stemmt, kommt unter das Rad, das unaufhaltsam vorwärts rollt. Darum, ob Ihr arbeitet mit dem Kopf oder mit der Hand, Ihr findet eine Stelle im Bauarbeiterverband! Reinhard Schneider, Mainz.

Soziale Rechtspflege.

Dr. Der Rentenanspruch des infolge seiner Krankheit zu einem neuen Beruf gezwungenen Arbeiters. Ein Maurer war infolge einer Herzerkrankung nicht mehr imstande, seinen Maurerberuf auszuüben. Er beschloß daher die Baugewerkschaft, um sich im Fachmann auszubilden, damit er sich einem andern, nicht mehr den Gebrauch beider Hände erfordernden Erwerbe zuwenden könne. Es fragte sich nun, ob dieser Arbeiter für die Krankenrente für die ganze Zeit hat, während der er die Baugewerkschaft besucht, um das für seinen neuen Beruf erforderliche zu erlernen. Das Bayerische Landesversicherungsamt hat dahin entschieden, daß die Krankenrente allerdings nicht so lange zu gewähren ist, bis der Arbeiter die vertragsmäßige Lehrzeit beendet und es zu einer vollkommenen Beherrschung der Kenntnisse und Fähigkeiten des neuen Berufes gebracht hat. Aber der Zeitraum, während dessen die vorübergehende Rente der wirtschaftlichen Hilflosigkeit und Unfähigkeit, das entsprechende Lohnbrutto zu verdienen, ausgleichend zur Seite tritt, darf, wenn nicht dem freiwilligen Erlernen neuer Berufe ein von dem Werke nicht gedecktes Demutnis bereitet werden soll, nicht allzu kurz bemessen sein. Dabei müssen die Verhältnisse des einzelnen Falles jedesmal eingehend geprüft und auf ihrer Grundlage muß die Frage beantwortet werden, wie lange ein gelernter Arbeiter braucht, um sich zum Zwecke der Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit in dem neuen Beruf zu gewöhnen. Nach der Ausbildung zu verzeichnen. (Bayerisches Landesversicherungsamt, IV. 1064. R. 166/18.)

Bücher und Schriften.

Frührot. Die Schulzeit des Maurergesellen. Von August Winnig. Illustriert von Professor Rich. Windel. Druck und Verlag von Henschel & Co. in Magdeburg. Preis 4,7. Auf dieses Buch habe ich lange gewartet. Ich weiß, daß es im Manuskript schon fertig war, ehe der heutige Oberpräsident von Ostpreußen als deutscher Gesandter nach Nizza ging. Es sollte schon Weihnachten vor einem Jahre erscheinen. Der Gang der Ereignisse hat dies verhindert. Und als ich es dann endlich erhielt, fand ich mich schon im Alter, es zu lesen. Als ich aber einmal mit dem Lesen begonnen hatte, las ich es in einer Nacht beim Schein meiner Weisheitskerzen von Anfang bis zu Ende durch. Es war für mich ein stilles und stiller Genuss; ganz abgesehen davon, daß dies das Leben, das geistige Werden und Werden des feinsten brennenden Leuchtstoffes interessiert, der später Maurer, Redakteur am „Grundstein“ und schließlich Gesandter in Nizza und Oberpräsident von Ostpreußen wurde. Ich weiß, daß außer mir auch viele andere auf dieses Buch gewartet haben. Es wurde ja längst als ein Mangel empfunden, daß in der deutschen Literatur so wenig Werke vorhanden sind, die das Werden des heutigen sozialistischen Arbeiters zum Gegenstand der künstlerischen Darstellung haben. Hier ist endlich ein solches Werk. Und zwar ein Werk, das nicht nur psychologisch interessant ist, sondern das auch kulturgeschichtliche Bedeutung hat, indem es ein Stück tatsächlichen Lebens aus dem Ende des 19. Jahrhunderts bietet. Man wird auf ein solches Buch noch zurückgreifen, wenn gewisse zeitgenössische Romane längst vergessen sind. An Handlungen bietet das Buch nichts Außerordentliches. Eschicht und einfach in dem ihm eigenen Leben und ist schon Stil erfüllt Mannig von seiner Jugend. Das kleine Ständchen am Fuße des Ganges, mit der Zerkleinerung in nächster Nähe und dem Regnen in einiger Entfernung, liegt vor uns auf. Wir begleiten Winnig in die Schule, lernen seine Zeiträume von ihren Zügen und Haltungen kennen; er schildert uns eine Episode und Jugendfreude, seine frühe Arbeit und die Sorgen seiner Mutter. Wir erleben, wie er körperlich und geistig wächst. Leise, dann immer deutlicher dämmert vor uns der Sozialismus auf, wie ihn der frühere und begabte Junge der bei allem in eine Zukunft mit einem Wort seiner Lebensführung erlebt. Das alles ist so anschaulich und so natürlich, keine Spannung, wie sie den Hintertreppennomaden eigen ist. Kein Haß und keine krausen Wälder. Alles Markt-schreierei und Heftmacherei ist vermieden. Es zeigt Harmonie aus diesem Buche, und es steht viel Liebe darin. Nicht der Fall sein wird; aber das, was er verbindet, beruht auf Vermutungen. Jedermann ist ebenfalls berechtigt, das Gegenteil zu erwarten. Schon in diesen ersten Kapiteln kommt die Tendenz der baderländischen Ansicht zur Geltung, die er in den nachfolgenden Kapiteln offener ausspricht. Georg Haberland hält die Mittelalterer vom Standpunkt der Volkstugend und Bequemlichkeit für die ideale Lösung des Wohnungsproblems. Das ist von seinem Standpunkt aus begründet, denn er ist durch die Mittelalterer ein vernünftiger Mann und kommerzieller geworden. Aber er wohnt nicht in einer Mittelalterer und rechnet daher nicht mit den Zimpern und Wäldern, die etwa bei den Wohnungsliebenden vorhanden sein könnten. Wir können ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er die Dinge ganz einfach, allzu einfach betrachtet und nur daran gedacht hat, wie die Mittelalterer gerettet werden kann. Diese Ansicht läßt ihn auch den Enthusiasmus des Bodenwärters an die hiesigen Arbeiter und der Seidung übersehen. Niemand kann aus seiner eigenen Haut fahren; das macht es begründet, daß er alle diese Angelegenheiten rein formalistisch betrachtet. Wir sind mit ihm darin einig, daß das praktische Ergebnis

Poliere und Schachtmeister.

Die Reichsföderation der Poliere und Schachtmeister hat nach Würdigung der Lage und des Status des Gewerkschaftsbundes von der Gründung einer Reichsföderation der Poliere und Schachtmeister im Deutschen Bauarbeiterverband beschlossen, doch ist die Gründung einer Sektion der Schachtmeister beschlossen und es liegt nun an Euch, Kollegen, eine rege Agitation zu entwickeln. Wir alle sind uns darüber klar, daß Poliere und Schachtmeister in den Deutschen Bauarbeiterverband gehören und daß es unser aller Aufgabe ist, für die Errichtung eines Reichsföderationsverbandes zu tun, das heißt, daß alle Hand- und Kopfarbeiter eines Berufes zusammen arbeiten und zusammen kämpfen, werden erträgliche Verhältnisse geschaffen. Nun nun das gemeinsame Arbeiten und kämpfen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß alles früher Gesagene vergessen wird. Es wird vor allem von den Kollegen zu fordern sein, daß sie sich von Unannehmlichkeiten nicht als Bedenken gegen die Arbeiter bemerken lassen. Jeder Kollege muß dem Unternehmer gegenüber seine Pflicht tun und muß auch das Wohlwollen seiner Untergebenen fördern. Als Antreiber oder Ausbeuter darf er sich nicht gebrauchen lassen, denn dazu gehört keine Intelligenz. Sollen ein Unternehmer von einem Kollegen bearbeitet werden, dann muß er sich als Mann benehmen und den geraden Willen zeigen. Manche Kollegen, die jahrelang bei einem Unternehmer sind, haben ihre Stellung nicht ihrem Können zu verdanken, sondern ihrem Schweigebündel. Also Kollegen, heran an die Arbeit! Zeigt den Euch unterstellten Kollegen, daß Ihr die Zeichen der Zeit verstanden habt und daß Ihr gewillt seid, mit ihnen Hand in Hand für bessere Zeiten zu streben. Aber auch den Maurern und Hilfsarbeitern muß gesagt werden, daß sie in Zukunft dem Polier oder Schachtmeister Achtung entgegenbringen. Manche Kollegen glauben immer noch in dem Polier oder Schachtmeister einen Unannehmlichkeit zu erblicken; sie verhehlen die Achtung nicht zu würdigen und ergeben sich in unflätigen Redensarten gegen diese. Dies muß aufs strengste verurteilt werden, und es wäre zu wünschen, daß sich auch hier der Wandel der Zeit bemerkbar macht. Doch zur Ehre der größeren Zahl unserer Kollegen soll gesagt sein, daß es sich hier nur um Ausnahmefälle handelt; wenn auch diese verhältnismäßig, wird der Boden geebnet sein, der das beste Zusammenarbeiten ermöglicht. Merkt Kollegen! Der Polierbund sucht jetzt unter den Schachtmeistern eine rege Agitation zu entwickeln. Ich Euch nicht bedauern; der Polierbund hat bis jetzt jeden Schachtmeister abgewiesen, dem kein bezüchtiger Bewußtsein nachweisbar ist. Die Agitation hand, heute, nachdem er selbst sich das Recht abgesehen hat, versucht er trotzdem sein Glück bei den Schachtmeistern und will sie für sich gewinnen. Wir Poliere vom Deutschen Bauarbeiterverband haben stets den Standpunkt vertreten, daß Poliere und Schachtmeister ein sind in ihrer Tätigkeit und wollen diesen Standpunkt auch heute vertreten. Wenn wir auch vorläufig nur eine Sektion der Schachtmeister gründen konnten, so wird es nicht mehr lange dauern, daß wir die Firma vergrößern und erweitern können. Wir müssen und wollen den Polierbund als Gewerkschaft anerkennen, aber nicht in, sondern mit ihm wollen wir arbeiten. Es ist daher nötig, daß sich überall Arbeitsgemeinschaften bilden um so in enger Fühlung für unsere Interessen eintreten

Gegen Sonderkonkurrenzen.

In Nr. 48 des „Grundstein“ ist von einer Sonderkonkurrenz von Müllern in der Gegend von Berlin die Rede. In der U. S. B. ist es schon längst bekannt, daß ein Mitglied unseres Verbandes verachtet die dortige Müllergewerkschaft. Ich bin der Meinung, die Kollegen, die obengenannten Müllern angehören, hätten Vorseher zu tun, als in unsern Verband Zutritt zu bringen. Ich möchte den Kollegen von der U. S. B. und den Müllern bitten, sich nicht in die Angelegenheiten einzumischen, in denen lokale Arbeiterklub am unruhigsten ist, und durch die unsere Zustände noch Jahre zurückgeworfen sind. Das sollten die Kollegen bedenken, dann werden sie eine andere Meinung bekommen und Querebenen vermeiden, die zum Schaden des Verbandes sind. Ich möchte auch bitten, daß die politischen Streitigkeiten der politischen Parteien überlassen, und uns nur mit unsern Gewerkschaftsangelegenheiten befassen. Die Unternehmer sind in der Hinsicht einflussreicher als wir. Wenn fällt es nicht ein, sich nach politischen Richtungen zu scheren, darum wird sie auch unter sich einig, wenn wir ihnen mit Forderungen kommen. Das sollte auch bei uns Bauarbeitern so sein. Wenn wir einig und geschlossen sind, dann können wir rücksichtslos auftreten und in andern Falle, Notwendig ist die Einsicht. Der Arbeitgeberbund hat Zeuerungszulagen abgelehnt, obwohl doch unser Lohn in keiner Weise der Leistung entspricht. Und nun wollen wir uns jetzt plündern? Zum Schluß möchte ich allen Kollegen aus Herzlichen: Galtet fest in der Einsicht, denn in geschlossenen Reihen werden wir unsere gerechte Sache leichter durchsetzen. Einsicht macht noch immer stark! Robinian Fröschl, Albing.

Polierer und Steinholzleger.

Müßheim-Oberhausen. In der am 6. Dezember statt gehaltenen Sektionsversammlung wurde die folgende Beschlusse fasste: Es sei bei der Auszahlung der Unterführung nicht völlig fortgesetzt werden. Die Leitung des Bezirksvereins beauftragt hiermit, daß die Streikleitung logar bezeugenhaft gearbeitet hat. Es waren hiermit jeden, das auf böswilliger Bestimmung beruhende Gerücht weiter zu verbreiten, und sie muß dem, der es nicht unterlassen kann, ehliche Kollegen zu verdächtigen, Gelegenheit geben, sein nichtunwürdiges Gerücht zu beweisen.

Vom Bau.

Chemnitz. Beim Einleiten einer Steife rutschte der Mann A. C. C. und stürzte aus 3,8 m Höhe so unglücklich ab, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt. Er starb noch am gleichen Tage.

Wie kommen wir ans der Wohnungsnot heraus?

Von Georg Haberland. Verlag Alfred Huger, Berlin O. 2, Spandauer Straße 22. Preis M. 4. Der Verfasser nennt seine Schrift einen dringenden Appell an die Reichs- und Staatsregierung. Ein dringender Appell scheint auch uns sehr nötig. Haberland macht auch gleich Vorschläge, wie der Wohnungsnot nach seiner Ansicht am besten abgeholfen werden kann. Zu diesem Zweck erörtert er zunächst die Frage: Wird sich Großberlin entwickeln? Er verneint, den Beweis zu erbringen, daß dies nicht der Fall sein wird; aber das, was er vorbringt, beruht auf Vermutungen. Jedermann ist ebenfalls berechtigt, das Gegenteil zu erwarten. Schon in diesen ersten Kapiteln kommt die Tendenz der baderländischen Ansicht zur Geltung, die er in den nachfolgenden Kapiteln offener ausspricht. Georg Haberland hält die Mittelalterer vom Standpunkt der Volkstugend und Bequemlichkeit für die ideale Lösung des Wohnungsproblems. Das ist von seinem Standpunkt aus begründet, denn er ist durch die Mittelalterer ein vernünftiger Mann und kommerzieller geworden. Aber er wohnt nicht in einer Mittelalterer und rechnet daher nicht mit den Zimpern und Wäldern, die etwa bei den Wohnungsliebenden vorhanden sein könnten. Wir können ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er die Dinge ganz einfach, allzu einfach betrachtet und nur daran gedacht hat, wie die Mittelalterer gerettet werden kann. Diese Ansicht läßt ihn auch den Enthusiasmus des Bodenwärters an die hiesigen Arbeiter und der Seidung übersehen. Niemand kann aus seiner eigenen Haut fahren; das macht es begründet, daß er alle diese Angelegenheiten rein formalistisch betrachtet. Wir sind mit ihm darin einig, daß das praktische Ergebnis

Wie kommen wir ans der Wohnungsnot heraus?

Wir können ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er die Dinge ganz einfach, allzu einfach betrachtet und nur daran gedacht hat, wie die Mittelalterer gerettet werden kann. Diese Ansicht läßt ihn auch den Enthusiasmus des Bodenwärters an die hiesigen Arbeiter und der Seidung übersehen. Niemand kann aus seiner eigenen Haut fahren; das macht es begründet, daß er alle diese Angelegenheiten rein formalistisch betrachtet. Wir sind mit ihm darin einig, daß das praktische Ergebnis

